

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15, Postfachamt Hannover.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis monatlich durch die Post bezogen 200 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs-Anzeigen 600 M., Zeitungs-Anzeigen 100 M. für die 3 gespalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Verlag von H. Wesp.

Druck von C. H. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Klemann, Hannover. Redaktionsstich: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Kholakstr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Zur Kritik unseres Steuerwesens.

Von Dr. Heinz Pothoff (München)

I.

Zwei Forderungen muß man an das Steuerwesen stellen, und in der Notzeit wie der gegenwärtigen ganz besonders, stellen: Es muß gerecht sein, die unvermeidlichen hohen Lasten nach der Tragfähigkeit verteilen. Und es muß wirtschaftlich sein, die Einnahmen des Staates in möglichst einfacher, zweckmäßiger, billiger, die Bürger nicht unnötig belastender Weise anbringen.

Beide Forderungen erfüllt das gegenwärtige deutsche Steuersystem in so geringer Weise, daß man sich nur wundern kann, wie die Gesehe in einem republikanischen Volksstaate eine Parlamentsmehrheit finden konnten; wundern, daß die Verwirklichung sich ihre Durchführung gefallen läßt; wundern, daß nicht schon längst der offene Staatsbankrott eingetreten ist.

I. Gerechtigkeit.

Im Grunde gibt es nur zwei Steuerquellen: Arbeitslohn und Rente. Der Staat kann den Bürger heranziehen mit dem, was er aus seiner Arbeit gewinnt, oder mit dem, was er ohne Arbeit hat, das heißt, was er aus der Arbeit anderer gewinnt. Denn erarbeitet muß alles werden, was man dem Staate zahlt; fraglich ist nur, wer es erarbeitet und wer es zahlt. Wenn schon ein Volksstaat duldet, daß arbeitsloses Renteneinkommen besteht, das heißt, daß einer von der Arbeit des anderen lebt, so sollte es doch erste Forderung der Gerechtigkeit sein, die Staatslasten soweit wie irgend möglich auf die arbeitslose Rente zu legen, den Bürgern möglichst viel von dem wegzusteuern, was sie aus der Arbeit anderer gewinnen. Denn wenn schon der einzelne nicht selbst den unmittelbaren und ungekürzten Vorteil seiner Anstrengungen hat, so ist es besser, die Gesamtheit hat ihn als ein anderer einzelner.

In Deutschland ist diese Forderung nicht erfüllt: die Arbeit ist weit stärker belastet als die Rente. Und das unsozialste arbeitslose Einkommen, die Grundrente, zahlt viel weniger Steuern als vor dem Weltkrieg, zahlt nicht ein Zehntel von dem, was die Arbeit zahlen muß.

Steuern auf Arbeit sind:

1. Allgemeine Einkommensteuern, wie der zehnprozentige Lohnabzug, der die Arbeiter, Angestellten und Beamten zu pünktlicher, vollwertiger Zahlung nötigt, während alle anderen Pflichtigen später, nach eigener Einschätzung, in entwertetem Gelde leisten.

2. Steuern auf den notwendigen Lebensbedarf, die von der Masse der Verbraucher getragen werden, die Lebenshaltung verteuern, die Kaufkraft des Arbeitseinkommens mindern. Auch diese Steuerart, die früher die Haupteinnahmequelle des Reiches bildete, ist kräftig entwickelt. Kohle, Nahrungsmittel, Alkohol, Tabak (Zölle) usw. bringen erhebliche Mittel auf und belasten den Haushalt in doppelter Höhe, weil nicht nur die Einzugspreise, sondern auch Gewinne bei der Abwälzung darauf geschlagen werden.

3. Verkehrssteuern. Von ihnen ist die wichtigste die Umsatzsteuer von zwei Prozent, die bei jeder Lieferung und Leistung erhoben wird, die meisten Güter auf ihrem langen Wege vom Produzenten bis zum Verbraucher wiederholt trifft und fertige Ware leicht auf das Doppelte verteuern kann.

Demgegenüber sind die sogenannten Besitzsteuern nicht stark entwickelt. Auf dem Papiere haben wir ziemlich kräftige Abgaben von hohen Einkommen, von Vermögen und Vermögenszuwachs, von Erbschaften usw. Aber ihre Durchführung bleibt stets weit hinter den Erwartungen zurück, weil einerseits die Bewertung der Vermögensbestandteile den Reichtum nicht annähernd so erfasst, wie man es nach dem Wortlaute des Gesetzes vermuten konnte, und weil andererseits die Geldentwertung eine Abwälzung im voraus erlaubt.

Am allermeisten gilt das von dem unsozialsten Einkommen, der Grundrente. Darunter versteht man das ganz arbeitslose Einkommen, das der Eigentümer aus dem Grundbesitz hat, nach Abzug alles dessen, was er durch Verwendung von Arbeit und Kapital erzielt. Wenn der Bauer seinen Acker pflügt, so gewinnt er Arbeitseinkommen. Die Miete aus einem Hause ist Verzinsung eines Kapitals. Aber darüber hinaus verbleibt dem Grundbesitzer noch ein Ertrag, den er nur der rechtlichen Herrschaft über den Boden, über den Raum verdankt. Unser Recht erlaubt ihm, „seinen“ Boden allen anderen zu sperren und von dem, der ihn nutzen will, einen Tribut zu verlangen. Das ist die Grundrente. Sie wird in einem alten Kulturlande wie Deutschland nur zum geringsten Teile als Rentenbezug erhoben (etwa bei Verpachtung). Die weitaus meiste Grundrente ist längst kapitalisiert, hat sich bei Veräußerung und Vererbung im Grundstückspreise niedergeschlagen (und wird hauptsächlich in der Verzinsung von Kaufpreisen, von Hypotheken usw. bezahlt).

Soweit der Grundstückspreis nicht auf Gebäuden, Bodenverbesserungen und anderen Aufwendungen beruht, ist er nur kapitalisierte Grundrente. Diese wird also am wirksamsten besteuert, wenn der Wert des nackten Bodens besteuert wird. Und gerade hier verlagert die deutsche Steuergesetzgebung in einer verblüffenden Weise.

Zum Wehrbeitrag von 1913 ist der Grundbesitz nicht mit dem „gemeinen Werte“, d. h. mit dem bei Veräußerung damals zu erzielenden Preise, sondern mit dem Ertragswerte veranlagt worden. Durchschnittlich ist dieser Ertragswert höchstens die Hälfte des Verkaufswertes gewesen. Als 1919 eine Vermögenszuwachssteuer erhoben wurde, um alle Bürger zu treffen, die im Kriege reicher geworden waren, wurde aller Besitz nach dem Grundbesitz veranlagt, daß eine Mark von 1919 noch das gleiche sei wie eine Mark von 1913. Nur Grundbesitz blieb ganz unverteuert, wenn sein Bestand sich nicht verändert hatte, obgleich das Einkommen daraus und demgemäß der Verkaufswert sich vielleicht vervierfacht hatte. Beim Reichsnoteopfer haben die Landwirte als selbstverständlich betrachtet, daß sie nur mit dem Ertragswerte in Gold von 1913 veranlagt würden, und so gut wie nichts gezahlt. Und das neue Vermögenssteuergesetz von 1923 verlangt die Einschätzung der Grundstücke zum Wert der dreifachen Wehrbeitrages. Das ist also das Zwanzigfache des Goldwertes von 1913.

Inzwischen sind die Verkaufspreise für Grundstücke weit über das 100fache des Goldpreises gestiegen. Gebäude, Maschinen, Vieh usw., die als Zubehör landwirtschaftlich genutzter Grundstücke gelten, sind bis auf das 10 000fache des Vorkriegspreises gestiegen. Hypotheken- und andere Schulden, die den Landbesitz durchschnittlich zur Hälfte belasteten, sind durch die Geldentwertung auf beinahe Null gemindert, den Grundeigentümern ist dadurch ihr Besitz verdoppelt worden. Im ganzen versteuert der Landwirt also kaum den 200. Teil dessen, was er beim Verkaufe seines Besitzes fordern und erzielen würde. Da die Steuerpflicht erst bei 400 000 Mark Vermögen beginnt und für die ersten 1 1/2 Millionen nur 1 vom Tausend beträgt, so ergibt sich, daß der Landwirt bis zu einem Besitze von etwa 75 Millionen Papiermark Wert völlig steuerfrei bleibt. Und wenn er sein Gut für 1 bis 2 Milliarden verkaufen würde, so genügt er seiner Steuerpflicht für 1923 mit — einem Pfunde Butter!

Ähnlich steht es mit den Landessteuern. Die bayerische Grundsteuer ist von 20 Millionen (Goldmark) Gesamtertrag nur auf 50 Millionen (Papiermark) erhöht worden. Das sind heute kaum 50 Zentner Butter. Und da es in Bayern fast 700 000 landwirtschaftliche Betriebe gibt, so kommen auf jeden durchschnittlich ganze vier Gramm Butter, die mit je ein Gramm vierteljährlich zu zahlen sind. Daß der Einzug solcher sinnloser Kleinigkeiten nicht lohnt, bedarf keiner näheren Erläuterung.

Wertbeständige Löhne.

Der Sturz der Papiermark hat katastrophale Wirkungen in den Sphären der Lebensmittelpreise und der Löhne ausgelöst. Wie immer in solchen Perioden, sind die Großhandelspreise die ersten, die sich auf die Preisentwertung einstellen. Ihnen folgen in einigen Abständen die Kleinhandelspreise und wiederum in zeitlichem Abstand davon die reichsamtlichen Feststellungen der Lebenshaltungskosten, denen bisher die Löhne der Arbeiter und die Gehälter der Angestellten mit mehr oder minder Erfolg anzupassen versucht wurden. Die sich überfüllenden Marktschwankungen hatten zur Folge, daß die Anpassung der Löhne an die Lernerung immer nur verspätet und in unzureichendem Maße bewirkt werden konnte, und daß die durch Lohnkampf oder Schiedsspruch erreichten Lohnsätze gewöhnlich durch die inzwischen eingetretene neue Lernerungswelle überholt und entwertet wurden. Bei der Marktabstufung trat diese Tatsache besonders hervor, indem die Erzeuger und der Großhandel bereits auf Grund von Dollar- oder Goldpreisen veräußert hatten, der Kleinhandel auf diesen hohen Preisen festlag und den Wiederbeschaffungspreis verlangte, während man der Arbeitererschaft vermehren wollte, auch nur für die im Lohnniveau noch nicht erreichten Kleinhandelspreise Deckung zu erstreben. Die Lohn- und Tarifverhandlungen wechselten von Woche zu Woche, und ihre Ergebnisse verwichen gleichwohl nicht mit der raschen Marktentwertung Schritt zu halten.

Seit dem Scheitern der Marktabstufung haben Geldentwertung und Lernerung bei uns solche Riesenschritte gemacht, daß die bisherige Lohnpolitik der Gewerkschaften damit nicht mehr Schritt halten kann. Eine Änderung dieser Lohnpolitik ist notwendig, wenn die Arbeitererschaft vor völliger Verelendung bewahrt bleiben soll. Es fehlt nicht an Vorschlägen zu einer neuen Lohnpolitik. Die einen fordern Goldlöhne, die anderen geltende Löhne, die der gleichen gesetzlichen Mindestlöhne, wieder andere die Einführung der Gold- oder Dollarrechnung oder eines anderen festen Wertmaßes für die Lohnberechnung. Allen diesen Vorschlägen ist gemeinsam der Wunsch nach einem wertbeständigen Lohn, der den Schwankungen der Mark und der Preise bis zu einem gewissen Grade entzückt ist. Daß diese Forderung zur Zeit eine Existenzfrage für die gesamte Arbeitererschaft ist, liegt außer jedem Zweifel. Es fragt sich nur, wie sie zur Grundlage einer erfolgreichen Lohnpolitik gemacht werden kann.

Es gibt gewiß Theoretiker, die uns bewelsen werden, daß alle Bemühungen, den Lohn zu stabilisieren, ebenso zum Scheitern verurteilt sein werden wie die Versuche der Marktabstufung, solange nicht die Reparation auf ein erträgliches Maß begrenzt und die deutsche Wirtschaft fruchtbar gemacht ist. Ihnen ist zu entgegen, daß Industrie und Handel in Deutschland den Weg gefunden haben, ihre Existenz zu stabilisieren durch Abrechnung zur Gold- oder Dollar-

rechnung, durch Vereinbarungen von Kohlen-, Raß- oder Roggenwährung u. dgl. Allen diesen Rechnungen liegt ein von der Papiermark unabhängiges Wertmaß zugrunde, das letzten Endes sich nach dem Gold- oder Dollarkurs richtet. Diese Rechnung wirkt sich aus in den Groß- und Kleinhandelspreisen. Nur die Arbeiter- und Angestellten sehen sich bisher auf die schwankende Papiermarkrechnung angewiesen, obwohl auch sie ihre Steuern in Prozenten vom Lohn und Gehalt, also wertbeständig, abführen mußten. Der Zustand, daß Industrie und Landwirtschaft, Groß- und Kleinhandel nach Gold berechnen und der Lohnempfänger nach Papier abgefunden wird, ist unerträglich geworden und kann nicht länger mehr auf Kosten der Arbeitnehmer aufrechterhalten werden. Die Arbeitererschaft kann nicht warten, bis die Regierungen sich an ein erträgliches Reparationsprogramm geeinigt haben, und so während der bestehenden Klassen inwischen ihre Substanz durch Goldrechnung wiederherstellen. Auch die Arbeiterkraft muß in ihrer Substanz erhalten werden und damit die unentbehrliche Grundlage anderer Wirtschaft vor dem Verfall. Denn was hätte das beste Reparationsprogramm, wenn es nicht durch die Erträge der Arbeit realisiert werden könnte?

Will die Arbeitererschaft ihr Lohnvermögen wertbeständig machen, so muß auch sie zur Goldrechnung übergehen. Das wird die Wirtschaft zwingen, den Lohn gleich dem vom Weltmarkt abhängigen Rohstoffen einzukalkulieren. Da in den meisten Industrien die Lohnquote gegenüber der Friedenszeit stark zurückgegangen ist und oft 4-5 v. H. der Selbstherstellungskosten kaum überschreitet, so wird die Wertbeständigkeit dadurch nicht wesentlich beeinträchtigt. Wo diese ernstlich berührt wird, da wird ihr nichts anderes übrig bleiben, als durch technische und organisatorische Verbesserungen der Betriebe die Wirtschaftlichkeit zu steigern und rückständige Betriebe auszuscheiden. Auf sie kann und darf nicht länger Rücksicht genommen werden. Die Zeiten einer Kartellpolitik, die ihre Preise auf die Erhaltung der unrentablen Betriebe einstellt, sind vorbei, sobald sich in Deutschland das Lohnniveau dem Weltmarktniveau annähert.

Die Goldrechnung heißt natürlich noch nicht der volle Goldlohn, sondern ein Lohn, der den Schwankungen der Papiermark bis zu einem gewissen Grade entzogen ist. Er kann in der gegenwärtigen Wirtschaftslage Deutschlands nicht so hoch sein wie der Friedenslohn in Gold, denn auf ihm ruhen die Lasten des verlorenen Krieges und der Reparation. Aber er muß einen gewissen Lebenshaltungsstandard gegenüber den Lernerungsschwankungen gewährleisten. Ob man das nach dem Maßstab des Goldes oder des Dollars oder irgendeines vom Weltmarktpreis abhängigen Rohstoffes ausdrückt, bleibt sich im Wesen gleich und kommt schließlich doch auf die Dollarbasis heraus. Etwas anderes ist es für die gewerkschaftliche Taktik, ob man diesen Lohn als gesetzlichen Minimallohn oder als Preislohn fordert oder ob man für die Lohnberechnung den Goldmaßstab vereinbart oder ob man die Berechnung auf gewisse Indizes stützt, in denen die Goldrechnung mehr oder minder zum Ausdruck kommt. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik muß nicht bloß darauf Rücksicht nehmen, ob ihre Forderungen mit gewerkschaftlichen Mitteln und Kräften erreichbar sind, sondern sie darf auch keine Forderungen stellen, die den Gewerkschaften selbst auszuführen wären, was unfehlbar bei dem Streben nach gesetzlichen Mindestlöhnen der Fall wäre. Hatte der Staat die Kraft, den Lohn gesetzlich für alle Arbeitnehmer zu bestimmen, so würden die letzteren auf die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation verzichten können, und die Lohnregelung würde in das Gebiet der politischen Probleme einmünden, sehr zum Schaden der Arbeitnehmer. Aber der Staat hat ebensowenig die Kraft der gesetzlichen Lohnregelung, wie er die Preise dazwischen regeln oder auch nur die Mark stabilisieren konnte. Es wäre also eine Illusion, auf einen gesetzlichen Mindestlohn seine Hoffnung zu setzen.

Wesentlich wichtiger bleibt noch wie vor die Forderung nach wertbeständigen Löhnen, die mit gewerkschaftlichen Mitteln zu erreichen und zu erhalten sind. Der Vorstand des DGB hat sich dieser Auffassung ebenfalls angeschlossen und den Verbandsvorständen eine eingehende Prüfung dieser Neugestaltung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik nahegelegt. Insbesondere liegt hier für die volkswirtschaftlich gebildeten Mitarbeiter der Gewerkschaften eine Aufgabe vor, die dringend der Klärung und Lösung bedarf. Die Entscheidung soll in der nächsten Sitzung des Bundesauschusses getroffen werden.

Anmerkung der Schriftleitung. Dieser Artikel, den der Gewerkschaftliche Nachrichtenendienst verbreitet, stellt die Frage der wertbeständigen Löhne zur Diskussion in den Gewerkschaften. Wenn darin eine Änderung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik gefordert wird, so kann die erstrebte Änderung doch nicht grundsätzlicher Natur sein. Grundsätzlich war die gewerkschaftliche Lohnpolitik seit jeder darauf eingetretene, die Löhne der Lernerung anzupassen, also sinngemäß wertbeständig zu gestalten. Ob dieses mit oder ohne bestimmte Formel geschieht, ändert daran nichts. Wir müssen uns auch im klaren darüber sein, daß das Finden einer Formel, ganz gleich, wie man sie nennt, Mindestlohn, wertbeständiger Lohn, Indexlohn, ob sie auf einem verbesserten Lebenshaltungsindex der statistischen Reichsanstalt oder einem auf anderer Grundlage berechneten Index beruht, eine Erhöhung des Reallohnes — und hierauf kommt es doch schließlich an — nicht bringen wird. Die Erhöhung des Reallohnes ist einerseits eine Frage der wirtschaftlichen Nachverteilung zwischen Arbeitererschaft und Unternehmertum, andererseits eine Frage der Ertragsfähigkeit der Wirtschaft.

@@@ Aus der Industrie @@@

Chemische Industrie

Die niedrigen „Dollardividenden“ der chemischen Großindustrie.

In der chemischen Großindustrie und auch in anderen Industrien ist es üblich geworden, den Teil des Gewinnes, der als Dividende ausgeschüttet wird, in Dollar anzurechnen, und dies dann recht niedrig erscheinenden Goldwertgewinne mit den Dollardividenden der Vorkriegszeit zu vergleichen.

So schreibt die Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation, Berlin, in ihrem Geschäftsbericht:

Der Reingewinn des Berichtsjahres beläuft sich auf 1 275 857 Mk. Wenn man diesen Gewinn mit dem Dollarkurs vergleicht, so ergibt sich folgendes Bild: Gewinn des Jahres

1913 in Dollar 1 144 520, Gewinn des Jahres 1922 in Dollar 174 577. Bei einem Dollarstande von 30 000 würde der Gewinn nur noch 42 662 Dollar betenden.

Im Geschäftsbericht der Farbwerke vorm. Meister, Lucius & Wellinghoff a. Main, wird derselbe Faden gesponnen. Nachdem auf die Entwertung der deutschen Mark hingewiesen, heißt es:

Vom Standpunkt dieser Entwertung aus ist auch der Gewinn des abgelaufenen Jahres, welcher einschließlich des Vortrages 3 804 888 111 Mk. zu beurteilen. Während der Gewinn für 1921 entsprechend einem Dollarwert nach dem Kurse vom 31. Dezember 1921 413 Dollar betrug, bedeutet der diesjährige Gewinn nach dem Kursstand vom 31. Dezember 1922 nur noch 539 422 Dollar, also 56 1/2 Prozent des vorjährigen Gewinnes.

Die für das Geschäftsjahr 1921 verteilten Dividenden von 2 200 000 Mk. betrug nach dem Kursstand vom Mai 1922 22 470 Dollar. Wenn in diesem Jahre eine Dividende von 60 Goldpfennigen unter Zugrundelegung eines Index von 5000 ausgerechnet wird, so ergibt das auf das doppelte Aktienkapital einen Betrag von 2 640 000 000 Mk., dementsprechend 75 426 Dollar, also noch nicht ein Fünftel der Dividende von 1921.

Die gleiche Methode befolgen alle zum Anstehen der übrigen Werke. Die Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer & Co., Leverkusen, schreiben in ihrem Geschäftsbericht:

Es wurde ein Reingewinn von 3 843 955 900 Mk. erzielt, von dem eine Dividende von 60 Goldpfennigen zum Index von 5000 gleich 3000 Mk. pro Aktie in Vorschlag gebracht wird. Das erfordert einen Betrag von 2 640 000 000 Mk., was in Goldmark zum Index von 5000 umgerechnet, einer Summe von 529 000 Goldmark entspricht. Ein Bild des heutigen Aktienstandes unserer Wirtschaft ergibt sich, wenn man diesen Vorschlag mit dem Abschluß aus dem letzten Friedensjahre vergleicht. Im Jahre 1913 wurde auf ein Aktienkapital von 38 000 000 Mk. eine Dividende von 28 Prozent oder 10 680 000 Goldmark verteilt.

Chemische Fabrik Oriskany Elektra, Frankfurt a. M.

Der vorliegende Jahresabschluss weist einen Reingewinn auf von 55 644 782 Mk. Wir schlagen vor, auf jede Stammaktie eine Dividende von 60 Goldpfennigen, umgerechnet zum Index von 5000 = 3000 Papiermark zu verteilen. Ein Vergleich zeigt, daß die für 1922 vorgeschlagene Dividende in Goldmark ausgerechnet nur den Betrag von 132 000 Goldmark erreicht, während wir im Jahre 1913 2 240 000 Goldmark als Dividende ausgeschüttet haben.

Geschäftsbericht der Chemischen Fabriken vormals Meister & Lucius:

Nach der Gewinn- und Verlust-Rechnung ergibt sich ein Reingewinn von 269 799 682 Mk., der sich mit dem Gewinnvortrag aus 1921 auf 270 063 343 Mk. erhöht. Um die Bedeutung dieser Zahlen im Verhältnis zu den Zahlen früherer Jahre zu würdigen, ist wie im vergangenen Jahre der Wert des Dollar zum Vergleich heranzuziehen. Danach war der Gewinn des Jahres 1913 in Dollar 194 900,-- des Jahres 1921 in Dollar 70 372,-- des Jahres 1922 in Dollar 86 707,--

Bei einem Dollarstande von 30 000 würde der Gewinn des Jahres 1922 8933 Dollar sein. Dabei ist zu berücksichtigen, daß von 1913 bis 1922 unser Ertragskoeffizient sich von 6 000 000 000 auf 64 000 000 000 Mk. sich erhöht hat.

Im Geschäftsbericht der Th. Goldschmidt & Co. Chemische Fabrik Chem, nachdem festgestellt wird, daß der Reingewinn 174 447 670 Mark beträgt, heißt es:

Wenn wir der Hauptversammlung die Ausschüttung eines Gewinnteils von 1500 Papiermark auf die Aktien vorschlagen, so entspricht dies dem Dollarstande von 21 000, einer Ausschüttung von 30 Goldpfennigen auf eine Aktie gegenüber 120 Goldmark bei 12 Prozent Dividende der Vorkriegsjahre. Der Aktionär erhält also nur den vierzehnten Teil des Wertes, den er in den Friedensjahren auf seine Aktie bezog.

Eine recht treffende Kritik an dieser Art der Dividendenberechnung gibt Dr. Pinner im Handelsblatt des 'Berliner Tageblattes' (Nr. 29) in einem Artikel 'Kapitalbildung und Goldlöse'. Er schreibt dort:

Wenn man andererseits die Frage prüfen will, ob eine solche Verschönerung (der Produktionsverhältnisse) wie dies viele Unternehmer behaupten, zu Lasten des Kapitals stattfinden hat, so darf man sich die Bemerkung allerdings nicht so leicht machen, wie dies namentlich seitens gewisser Aktienbesitzer geschieht, die ständig auf die außerordentliche Verringerung der von ihnen gezahlten Dividenden gegenüber den Friedensdividenden hinweisen und die in dieser Beziehung bestehenden Unterschiede in demselben Maße dadurch betonen, daß sie ihre Dividenden in Goldmark ausrechnen (wobei dann meistens nur diejenige einjährige Goldmark als Jahresdividende heranzuziehen). Wir wollen ganz davon absehen, daß solche Goldmarkdividenden nicht nur auf die vollwertigen Goldmarkkapitalien der Vorkriegszeit, sondern auch auf die in doppelter Hinsicht — nämlich durch niedrige Vermögens- und verringerten Geldwert der eingezahlten neuen Kapitalien — verminderten jetzigen Aktienkapitalien berechnet zu werden pflegen. Das Hauptgewicht muß vielmehr auf die Tatsache gelegt werden, daß die meisten Gesellschaften überhaupt nur ganz winzige Teile der von ihnen wirklich erzielten Papiermarkgewinne in der Bilanz ausweisen und noch kleinere Teile aus ihnen als Dividenden ausschütten. Bei einzelnen Gesellschaften konnte sogar festgestellt werden, daß die Gesamtheit der Aktionärsdividenden nicht größer war als das Gehalt, das in dem betreffenden Jahre einem einzigen Abteilungsleiter oder Produktionsleiter gezahlt worden sein mochte. Es ist nun kein Wunder, daß eine so vorläufige Bilanz- und Dividendenpolitik grundsätzlich falsch ist. Sie ist es besonders manchmal in gravierender Hinsicht, aber diesbezüglichen Verhältnissen, die sich wohl zeigen, eine wie ungeheure zahlenmäßige Differenz zwischen den von ihnen wirklich erzielten Gewinnen und den ausgeschütteten Dividenden besteht, sollten dann auch davon absehen, in der Öffentlichkeit diese für die Höhe der Gewinne abfolat nicht maßgebenden Dividendenberechnungen als Maßstab für die Verteilung der Erträge zwischen Kapital und Arbeit zu verwenden. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß die Unterrechnungen, nachdem sie erkannt hatten, daß die Kapitalbildung um freien Willen sich infolge der ungenügenden gewordenen Produktionsverhältnisse, der dem Spartrieb heutzutage und dem überaus fordernden Geldverlangen sehr beträchtlich verengt hatte, dazu übergegangen sind, die von ihnen zur Aufrechterhaltung oder Erweiterung ihrer Produktion benötigten Kapitalien auf dem Wege harter Kapitalbildung, d. h. durch Verschönerung entsprechend großer Teile ihrer Produktionsgewinne heranzuziehen. Wir haben dieser kritischen Kritik nichts entgegenzusetzen.

Lehrregeln der Gruppe Chemie, Sektion 3 u. Hamburg.

Am 11. Mai wurden die Chemische unserer Sektion Hamburg, Albeck, Schleswig-Holstein und Mecklenburg von dem Komitee wie folgt verteilt:

Table with 2 columns: Class and Amount. Class 1a 3000 Mk., Class 1b 2300 Mk., Class 2 2400 Mk., Class 3 2100 Mk., Class 4 1700 Mk.

Die Klasse 1a hat, gemessen an der Kaufkraft des heutigen Papiergeldes, völlig unzureichend. Sie werden nicht in der Lage sein, an den Beschlüssen eines Fabrikarbeiters in der Vorkriegszeit — 10 Goldmark pro Woche — heran zu kommen. Überdies sind die Klassen 2 bis 4 ebenfalls unzureichend, da diese Klassen, verglichen mit den Beschlüssen anderer Industriegruppen in der 1a- und 1b-Klasse, den Anteil der Öffentlichkeit in unzureichendem Maße zeigen. Eine solche Frage, die zu großen Kapitalverlusten führt, ist es nicht.

Lohnfestsetzungen die Ortsklasseneinteilung. Während von Arbeitnehmern Seite stets betont wird, daß in jeder Sektion 3 Ortsklassen, und zwar Großstadt, Provinzstadt und flaches Land, mit relativ geringen Spannungen als völlig ausreichend anzusehen sind, wird die Arbeitgeberseite nicht müde, immer und immer wieder hervorzuheben, daß die Ortsklassen ganz erheblich vermehrt und die Lohnspannungen sehr wesentlich erhöht werden müßten. Leider gelingt es in sehr vielen Fällen den ausfallenden und geschäftstätigen Syndikats- und Direktoren, die Regelung nach dieser Richtung hin zu beeinflussen. Wie läßt man die diesbezüglichen Begründungen der Arbeitgeber? Man höre: 'In der Provinz sind Lebenshaltung, Haushalts- und Bedarfsgegenstände, Miete, Licht, Wasser, Gas sowie Utensilien aller Art viel billiger und Fahrgelddarstellungen bedeutend geringer als in einer Großstadt. Dann erst die Kleinrenten und die Industriedefer: Das Leben ist dort an sich gesund und erfrischend. Nicht selten sind die Arbeiter Kleinrentenbesitzer, Schweinezüchter, Pächter mehr oder weniger umfangreicher Ländereien, zum Teil Hausbesitzer. Den Arbeitern wird im Herbst Gelegenheit geboten, sich mit Kartoffeln, Obst und Gemüse an der Quelle billig einzudecken. Die Arbeiter partizipieren stellenweise ungenügend an dem vielfach vorhandenen Fisch- und Waldreichtum. Den Arbeiterfrauen und dito erwachsenen Kindern wird, wenn sie nur wollen, sehr häufig die Gelegenheit geboten, sich beim Bauern einen Nebenverdienst, und zwar teils in bar, teils in Naturalien, zu verschaffen ufm.' Zum Schluß dann die üblichen Klagen über Unrentabilität der Werke, Rohstoffmangel, Absatzschwächen, Finanzschwierigkeiten und andere Dinge, die voraussichtlich zur Vertiefung der Krise führen würden. Alle Meinungen und Kundgebungen solcher Art, auch wenn sie dialektisch noch so kunstgerecht und sorgsam gebügelt vorgebracht werden, treffen nicht zu. Tatsache ist, daß es der chemischen Industrie, einschließlich der pharmazeutischen, in Deutschland nach wie vor recht erträglich geht. Es soll auf die Verhältnisse einer Dividendenabelle verzichtet werden, jedoch gesagt werden muß, daß die Herren ausreichende Löhne zahlen können. Insbesondere sind die vielen Ortsklassen mit den bei jeder Lohnhöhung prozentual steigenden Spannungen für die Betriebe mit niedrigen Ortsklassen auf die Dauer unerträglich. In der Sektion 3b beträgt z. B. die Spannung zwischen Klasse 1a und Klasse 4 1810 Mk. pro Stunde. Das sind pro Tag 10 480 Mk. und pro Woche 62 880 Mk., 62 880 Mk. muß sich ein Fabrikarbeiter in der 4. Klasse monatlich billiger durchschlagen können als sein Kollege in der Großstadt. Eine solche Differenzierung versteht, wer kann. Zugabe sein soll werden, daß in einer Großstadt Mieten und Fahrgelddarstellungen höher sind als in der Provinz. Das ist aber auch alles. Bedarfsgegenstände aller Art, sowie Kohle, Licht, Fleisch und Fett sind in der Provinz genau so teuer wie in der Großstadt. Kolonialwaren, Gemüse, Süßfrüchte und Getreide sind in der Großstadt vielleicht sogar, speziell in Hamburg, billiger, wohingegen Milch und Kartoffeln wiederum in der Provinz etwas geringere Ausgaben erfordern. Man sieht also, eins hebt das andere auf. Endlich zu den Ansichten der Arbeitgeber über die Lage der auf das flache Land verplanzten Fabrikarbeiter:

Ausgebetet sind sie stets geworden, ausgebeten wurde stets ihr Mark. Um ihre Jugend hat man sie betrogen, das Recht war schwach, die Willkür stark.

Erst diese fleißigen, unendlich gebildigen, zum Teil indifferenten Arbeitsteuern haben das Unternehmertum in den Stand gesetzt, ihre Waren zu Schlendernpreisen auf den Markt zu werfen (Made in Germany). Kleinfleisch, Schweine, Pachtlandereien, Holzgammeln und Stabentwürde? Ach, meine Herren, lang lang ist's her! Früher mag es da oder dort gestimmt haben, heutzutage ist das vorbei. Ein Ferkel von 4 Wochen kostet zur Zeit (Anfang Juni) in Schleswig-Holstein 300 000 Mk., ein Liter Schlendermilch 600 Mk. und ein Zentner Schrot 90 000 Mk. Da kann ein Fabrikarbeiter mit Kind und Regel ins Gesicht ziehen, er wird's nicht schaffen. Im übrigen bedenke man, daß dort, wo größere Industrien in Kleinrenten oder auf das flache Land verplazt worden sind, schnellstens eine G. u. H. auf der Wilsfläche erscheint, um alle greisbaren Ländereien in Spekulationszwecken anzukaufen. Eine Arbeiterfamilie hat alsdann das Nachsehen. Es muß daher angemindert werden mit der Ansicht, daß ein auf dem Lande ansässiger Fabrikarbeiter besser und wesentlich billiger leben kann als sein Kollege in der Großstadt. Auch ein ländlicher Fabrikarbeiter lebt vollständig von der Hand in den Mund. Ein großer Teil von Schuldfragen bei der Klaffen-einteilung ihrer Ortsklassen die Kollegen in den Betrieben selber. Sie erkennen vollkommen die Situation. Sie verstehen es ganz und gar nicht, sich den Verhältnissen organisatorisch anzupassen. Dort nämlich, wo der Fabrikarbeiter-Verband Verbandsleistungen und Erträge des Tarif's ist, muß auch dafür gesorgt werden, daß Mann für Mann dem Fabrikarbeiter-Verband als Mitglied beizutreten hat. Fort mit den bürokratischen Organisationsverhältnissen! Fort mit der gewerkschaftlichen Fugabondage! Was tun z. B. Transport-, Holz-, Bau-, Staats- und Gemeinde-, Landarbeiter und Schützer auf einem Betrieb, wo einzig und allein der Fabrikarbeiter-Verband zuständig ist? Ein Sammelratium solcher Art führt jedesmal zur Desorganisation und letzten Endes zur gewerkschaftlichen Ohnmacht. Trete daher jeder Fabrikarbeiter, der mit der Klaffen-einteilung seines Ortes nicht einverstanden ist, zunächst dafür ein, daß die Kollegen seines Betriebes dem Fabrikarbeiter-Verband reiflos erjagt werden. Ist das geschehen, steht die Verbandschaft einerseits dem Arbeitgeber an Kampfbereitschaft bedeutend schlagfertiger gegenüber, andererseits haben die Verbandsinstanzen viel mehr Laß und Liebe, für solche Betriebe mit dem Unternehmertum hat es hart die Klagen zu kreuzen.

Ann. der Schriftleitung: Der vorstehende Artikel, der einen Kollegen aus einem kleineren Provinzort zum Verfasser hat, vertritt in recht geschickter Weise den Standpunkt der Kollegenchaft kleinerer Industriorte und Kleinrenten. Tatsache ist, daß die Aufwärtsbewegung der Preise dazu führt, den Unterschied der Lebenshaltungskosten zwischen Groß- und Kleinrenten immer auszugleichen, wenn auch nicht vollständig aufzuheben. Ein Blick auf die Ergebnisse der Preissteigerungstabelle für 536 Gemeinden (letzte Veröffentlichung — 15 März 1923 — im Reichsarbeitsblatt Nr. 11 1923) beweist dies. Für den Preisvergleich sorgt die Feuerung, die das Land viel bedeutigeren Scheres von Hausfrauen und Lebensmittelkäufern überkommen, die auch den kleinsten Lebensmittelkäufern im entlegensten Heidebüschlein tagtäglich den Stand des Dollars und der Großstadtpreise erspüren läßt.

Die Lohnfestsetzung hängt aber nicht allein von den Kosten der Lebenshaltung ab, sondern außerdem auch von einer Reihe anderer Faktoren. Der Artikelsschreiber trifft bei Schwarz, wenn er im Schlußsatz seines Artikels die strengste Geschlossenheit der Organisation fordert, Gewerkschaften der Organisations- fürhere gewerkschaftliche Aktivität, das sind gegenwärtig die einzigen Faktoren, mit deren Hilfe den beklagten Abelskänden abgeholfen werden kann. Sehr wichtig ist aber auch, daß die härtere gewerkschaftliche Aktivität sich auf die anderen Angehörigen unseres Verbandes beziehend betriebe überträgt, damit der allgemeine Stand der Löhne, das 'göttliche Lohnniveau', höher gehoben wird.

Veröffentlichung.

Die Akt.-Ges. Chemische Fabriken vorm. Meister & Lucius in Hamburg (Niederdeutsch) verlangen auf Grund des § 11 des Prellgesetzes die Veröffentlichung einer in 'Proletarier' Nr. 22 erschienenen Kritik über die prozentuale Höhe der von Meister & Lucius für das Geschäftsjahr 1922 verteilten Dividende. Die Dividende beträgt nicht 62 Prozent, wie in jener Kritik kritisch erraten ist, sondern 300 Prozent oder pro Aktie 60 Goldpfennige, umgerechnet im Verhältnis 1:5000 in Papiermark.

Wir geben dieser Veröffentlichung Raum und bemerken hierzu, daß der Verfasser jener Kritik sich auf eine Preisermittlung stützt, auf der zwar die Goldpfennig-Dividende, aber nicht die prozentuale Höhe der Dividende beruht. Ein Hinweis auf den Geschäftsbericht, den uns die Gesellschaft zur Verfügung stellte, bezeugt, daß hier die Verhältnisse liegen, die wir bereits in unserem Artikel

Industrie der Steine und Erden

Die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie.

Die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie. Die Baustoff-Industrie ist in der Lage, die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie zu beheben. Die Baustoff-Industrie ist in der Lage, die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie zu beheben. Die Baustoff-Industrie ist in der Lage, die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie zu beheben.

Die Baustoff-Industrie ist in der Lage, die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie zu beheben. Die Baustoff-Industrie ist in der Lage, die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie zu beheben. Die Baustoff-Industrie ist in der Lage, die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie zu beheben.

Die Baustoff-Industrie ist in der Lage, die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie zu beheben. Die Baustoff-Industrie ist in der Lage, die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie zu beheben. Die Baustoff-Industrie ist in der Lage, die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie zu beheben.

Die Baustoff-Industrie ist in der Lage, die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie zu beheben. Die Baustoff-Industrie ist in der Lage, die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie zu beheben. Die Baustoff-Industrie ist in der Lage, die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie zu beheben.

Die Baustoff-Industrie ist in der Lage, die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie zu beheben. Die Baustoff-Industrie ist in der Lage, die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie zu beheben. Die Baustoff-Industrie ist in der Lage, die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie zu beheben.

Die Baustoff-Industrie ist in der Lage, die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie zu beheben. Die Baustoff-Industrie ist in der Lage, die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie zu beheben. Die Baustoff-Industrie ist in der Lage, die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie zu beheben.

Die Baustoff-Industrie ist in der Lage, die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie zu beheben. Die Baustoff-Industrie ist in der Lage, die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie zu beheben. Die Baustoff-Industrie ist in der Lage, die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie zu beheben.

Die Baustoff-Industrie ist in der Lage, die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie zu beheben. Die Baustoff-Industrie ist in der Lage, die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie zu beheben. Die Baustoff-Industrie ist in der Lage, die wirtschaftliche Not der Baustoff-Industrie zu beheben.

entlegenen Gegenden bestehen, was für sie eine bedeutende Erleichterung der Produktionskosten bedeutet.

Die Denkschrift stellt fest, dass die Produktionsprojekte hätten hindernd einwirken können, wären wenigstens in größerem Umfang, in dem letzten halben Jahre nicht stattgefunden, im Gegenteil das sich die gegenseitige Auseinandersetzung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer verbessert. Auch kann man wohl sagen, dass der Kohlenbezug im vergangenen Jahre besser gewesen ist, als in früheren Jahren.

Die Abhilfe der wirtschaftlichen Notlage der Bauwirtschaft fordert die Denkschrift, dass in größtmöglicher Weise Gelder aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt werden müssen, um Baustoffe auf Vorrat herzustellen, wenigstens soweit einzelne Baustoffe nach ihrer Art eine Verfertigung auf Vorrat gestatten. In der künftigen Währungspolitik des Reiches legen die Bauwirtschaftlichen Wert darauf, in der Denkschrift zu betonen.

Das nach Möglichkeit große Sprünge in der Bewertung der Inlands- und der Auslandsmark durch die künftige Politik des Reiches vermieden werden. Denn dies wird für die Industrie-Unternehmungen und auch für die beherrschenden Stellen, die Bauten vergeben, eine gewisse Sicherheit geschaffen und sie werden sich dann auch nicht abschrecken lassen, neue Kapitalien in Bauten zu investieren.

Weiter fordert die Denkschrift,

in größtmöglicher Weise öffentliche Mittel zur Inangriffnahme von großen öffentlichen Bauten zur Verfügung zu stellen. Dies gilt einmal für den Wohnungsbau, der auch aus Gründen der Wohnungsnot heute eine besondere Rolle spielt, und es wird erforderlich sein, dass die auf Grund des Wohnungsbaugesetzes zur Verfügung stehenden Mittel auf schnellstmöglichem Wege bereitgestellt und den staatlichen Stellen, die die öffentlichen Bauten leiten, in die Hand gegeben werden. Darüber hinaus müßten aber auch Mittel zur Verfügung gestellt werden zur Herstellung von Beamtenwohnungen, da die Wohnungsnot unter der Beamenschaft besonders dringlich geworden ist und sich durch die früheren Ausweisungen von Beamten aus den Ortschaften und neuerdings aus den Westgebieten noch wesentlich verschärft hat. Der Wohnungsbau allein genügt aber in keiner Weise, da nur ein Teil des Baugewerbes, insbesondere nicht die industriell betriebenen Bauunternehmungen mit ihrer großen Arbeiterkraft, hieran beteiligt ist, und da der Wohnungsbau nur in beschränktem Maße die sofortige Beschäftigung zahlreicher Arbeitskräfte ermöglicht. Mit dem Wohnungsbau muß deshalb verbunden werden die Inangriffnahme von Wasserbauten, Verkehrsbauten, Straßenbauten und dergl. mehr, von denen beispielsweise hier angeführt werden mögen der Reichskanal, der Rhein-Main-Donau-Kanal, der Mittelrand-Kanal, Bahnhofsbauten usw. Wie wir hören, denken die beherrschenden Stellen daran, aus Mangel an verfügbaren Mitteln diese Bauten entweder ganz einzustellen oder ihre Fortsetzung wesentlich einzuschränken; es ist nicht nur erforderlich, diese Bauten in dem früheren Maße fortzuführen, sondern darüber hinaus müssen auch Mittel zur Verfügung gestellt werden, die es ermöglichen, neue Lose auszusprechen, die früher zurückgestellt wurden, sei es aus Mangel an verfügbaren Mitteln, sei es, um sie zurückzubehalten für Zeiten derartiger Krisen, wie wir sie jetzt durchmachen, um hier produktive Erwerbslosen-Unterstützung treiben zu können.

Die Denkschrift der Reichsarbeitsgemeinschaft fordert in ihrem Schluß schnelle und gründliche Hilfe, weil sonst das gesamte Baugeschäft zum Erliegen kommt, und bietet deshalb den Deutschen Reichstag auf schnellstmöglichem Wege in ausdehnter Weise Mittel bereitzustellen, die es ermöglichen, das Schlimmste von unserem Baugeschäft und damit von unserer gesamten Volkswirtschaft abzuwehren.

Auf nach Oserode!

Ein Ziegler-Eldorado dürfte die Ziegelei Willershausen bei Oserode am Harz sein, wenn man nachziehende Arbeitsordnung prüft, die in jenem Betriebe gilt. Zwar sind es nur 6 kurze Paragraphen, aber in der Kürze liegt die Würze:

Arbeitsordnung

- 1. Zur Arbeitszeit ist pünktlich zu erscheinen. Im Falle einer Verspätung hat der Verspätete sich, bevor er an die Arbeit geht, beim Meister Herrn Sachmann zu melden. (Ob der betreffende Sünder dann in die Folterkammer geführt wird?)
2. Tägliche Kündigung ist beiderseits.
3. Lohnung erfolgt nach Leistung und Verantwortung und nicht nach Tarif. (Was geklärt, Löwe! Was schließlich noch alles ein Ziegler verlangt. Tariflohne - Puschkohle. Was ein Ziegler zu verdienen hat, darüber kann und hat kein anderer zu bestimmen, als der 'Broßherr'.
4. Stenckarte und Invalidenkarte sind beim Eintritt mitzubringen, andernfalls zuvor keine Lohnung erfolgt. (Recht so. Arbeiten kann der Ziegler ohne Stenck- und Invalidenkarte, aber Lohnung? Warum denn auch Lohn geben? Dient es nicht, wenn der gewöhnliche Prolet arbeiten kann?)
5. Lohnung rechnet von Donnerstag zu Donnerstag und erfolgt am Sonnabend jeder Woche.
6. Das Tabakrauchen ist während der Arbeitszeit verboten. (Damit der § 6 wirksam durchgeführt werden kann, wird eben kein Tariflohn gezahlt. Das Alibi-Mittel gegen Tabakrauchen dürfte jedoch sein, überhaupt keinen Lohn zu zahlen.)
Die Arbeitsordnung ist ein Zeichen der Zeit. Hoffentlich geben die Ziegler daraus die Lehre. Alle Ziegler geschlossen organisiert im Verband der Fabrikarbeiter, und Arbeitsordnungen wie auf genannter Ziegelei sind eine Unmöglichkeit.

Im Zement-Silo den Tod gefunden.

In der Zementfabrik in Mergelsteden der Firma E. Schwend fand am 5. d. M. ein Kollege im Zement-Silo den Tod, indem er von der im Silo enthaltenen Zementmehlmasse verschüttet wurde.

Der Riemen.

Von Adolf Schloffer (Harburg)
Sind doch ich auch, er wäre stumm,
In toter Steigen Leder,
Der sarrum liegt im Kreise derum
Gleich einer schnellenden Feder.
Doch ein, an einem Sommertag,
Verstand ich sein Fittern und Wesen;
Ich spürte seines Herzens Schlag,
Er erzählte aus seinem Leben.
Das jüchte und schnarrte mit viel Geräusch
Von Proletarierleid und Schmerz,
Von Arbeitsgestalten, verdämmt und bleich
Und längst verkommenen Herzen.
Das haßte ohne Raß und Ruh,
Er mußte gar viel zu berichten;
Die Maschine stampfte den Takt dazu,
Reiß waren es gar fräurige Geschichten.
Und der Riemen, ohne Raß und Ruh:
'Raß immer zu! Raß immer zu!'
Ein Traum.
Die Pfeife stinkt zur Morgenstunde,
Ein junger Barock, aus frohem Raum
Ist ein sein Lied, mit frohem Sinn:
'Wer ist ja reich, wie ich es bin?
Drei Monat noch, dann bist du mein.
Es Himmelreich wird unser sein!'
Im Geiß er zu der Liebsten spricht

und darin ersicht. Man wurde erst darauf aufmerksam, daß der Kollege bei der Arbeit schlief, als die Presse leer lief. Dieser Vorfall diene von neuem zur Warnung, daß niemals ein einzelner Arbeiter gefährliche Arbeit verrichten darf.

Nahrungsmittel-Industrie

Die Wirtschaftslage in der Zucker-Industrie.

Das Wirtschaftsjahr in der Zucker-Industrie geht seinem Ende entgegen. Da und das kommende Jahr auch auf diesem Gebiete die beste Wirtschaft bringen soll, dürfte es angebracht sein, einige Betrachtungen darüber anzustellen, wie sich die Zuckerwirtschaft in den letzten Jahren abentwickelt hat. Vorweg kann gesagt werden, daß die Rübenzucker-Industrie zu jenen Industriezweigen gehört, bei denen die Erzeugung in den letzten Jahren eine wesentliche Steigerung erfahren hat.

Die Zucker-Industrie war während des Krieges und nach dem Krieges ständig zurückgegangen. Sie hatte ihren tiefsten Stand 1919/20, mit einer Produktion von 6 172 281 Doppelzentner Rohzucker erreicht. Von da an beginnt wieder ein Aufstieg, der auch im Jahre 1922/23 angehalten hat. Die Ursachen des Rückganges während der Kriegsjahre lagen in der Tatsache begründet, daß Zucker unter strenger Zwangswirtschaft stand, daß die Preise in erträglichen Grenzen gehalten wurden und daß der Landwirt an anderen Feldfrüchten, für die die Zwangswirtschaft zum Teil durchlöcher, zum Teil auch früher aufgehoben war, mehr verdienen konnte, als beim Rübenbau. Rückgehende Zusammenstellung gibt uns ein Bild über den Produktionsstand in den einzelnen Jahren:

Zuckererzeugung der Rübenzucker-Industrie in den Jahren 1913/14 bis 1920/21.

Table with 7 columns: Wirtschaftsjahr (1. September bis 31. August), Zahl der Rübenzuckerfabriken, Zahl der Zuckerraffinerien, Zahl der Zuckerverarbeitungsfabriken, Zahl der Zuckereinheiten überhaupt, Rohzucker (Tonnen), Verbrauchs-zucker (Tonnen). Rows for years 1913/14 to 1920/21.

Im Jahre 1921/22 betrug die Rohzuckererzeugung in Deutschland rund 12 1/2 Millionen Doppelzentner. Im laufenden Jahre ist mit einer Zuckererzeugung von rund 14 Millionen Doppelzentner Rohzucker oder mit rund 18 Millionen Doppelzentner Verbrauchs-zucker zu rechnen. Die Zuckererzeugung für 1922/23 würde demnach mehr als das Doppelte des Jahres 1919/20 betragen. Mit der Erzeugung im laufenden Jahre erreichen wir, aus das engere Deutschland berechnet, den Friedensverbrauch wieder, ja wir übersteigen ihn um Teil.

Nach einer vorläufigen Schätzung ist der Rübenbau in diesem Frühjahr um ungefähr 6 Prozent gegen das Vorjahr zurückgegangen. So bedauerlicherweise dieser Rückgang ist, so ist damit noch nicht gesagt, daß die Zuckererzeugung geringer sein wird als im Vorjahre. Der Rübenanbau kann durch guten Wachs erst, auch durch einen höheren Zuckergehalt, also einer höheren Ausbeute, wettgemacht werden. Wird die Witterung in den kommenden Monaten dem Rübenbau günstig, so kann im kommenden Herbst mit einer Zuckerproduktion in gleicher Höhe wie im Vorjahre gerechnet werden. Damit wäre der inländische Bedarf nach dem Friedensstande gedeckt.

Die Zucker-Industrie hatte bis zum 1. Oktober 1921 unter Zwangswirtschaft gelitten. Mit diesem Tage wurde die Zwangswirtschaft aufgehoben und an ihre Stelle trat eine private planmäßige Bewirtschaftung. Die an die Aufhebung der Zwangswirtschaft geknüpften Hoffnungen haben sich nur zum Teil erfüllt. Die private Zuckererteilungswirtschaft war nicht in der Lage, die Dinge so zu regeln, wie es erforderlich gewesen wäre. Der Zucker wurde gleich zu Beginn des Wirtschaftsjahres von interessierten Kreisen aufgekauft und in Stellenkanäle, aber nur nicht an die Konsumenten geleitet. So kam es, daß wir schon zu Beginn des Jahres 1922, trotz erheblicher Mehrproduktion, eine große Zuckerknappheit hatten. Diese zeigte sich im Laufe des Jahres immer mehr, so daß im Sommer 1922 vorübergehend die Zuckereinfuhr freigegeben wurde. So entstand der Zustand, daß in vielen Geschäften 'Auslandszucker' zu kaufen war, der in deutschen Fabriken hergestellt und von dankbaren Elementen mit Wucherer Gewinn verkauft wurde. Da die Zustände anhaltbar geworden waren, sah sich die Regierung veranlaßt, den Zucker vom 1. Oktober 1922 an wieder unter Zwangswirtschaft zu stellen.

Die Zwangswirtschaft hat namentlich in der Preislage, nicht alle Wünsche erfüllt, die an sie geknüpft waren. Es ist eben nicht möglich, einen Zweig unserer Volksernährung unter strenger Zwangswirtschaft und die Preise niedrig zu halten, während auf allen anderen Gebieten sich der Wucher ausbreitet. Die Kriegsjahre haben gezeigt, weshalb das ist. Eins aber hat die neue Regelung erreicht: Der Zucker wird planmäßig verteilt und ein bestimmtes Quantum Runkelzucker ist für jeden sichergestellt. Dieses Moment scheint nicht genügend gewürdigt zu werden.

Deutschland war vor dem Kriege ein zuckeranführendes Land. Die Produktionssteigerungen in den letzten Jahren haben nun bei den Arbeitgebern den Gedanken aufkommen lassen, daß bald wieder Zucker eingeführt werden kann. Sie arbeiten seit langem auf die freie Wirtschaft hin, um so den Zucker auf den Weltmarktpreis zu bringen. Ist das erreicht, dann wird der bedauerliche Zustand eintreten, daß die deutschen Konsumenten in ihrer großen Masse den Zucker des hohen Preises wegen nicht kaufen können. Zum Teil ist das heute schon so. Die Industrie hofft aber, dann den

Weg für die Zufuhr frei zu haben. Tatsache ist, daß die deutsche Zucker-Industrie vor dem Kriege über 10 Millionen Doppelzentner Zucker ausfuhrte. Welche Bedeutung die deutsche Zucker-Industrie in der Weltmarktproduktion hatte, geht aus nachfolgender Zusammenstellung hervor, deren Zahlen zum Teil aus der Zeitschrift 'Deutsche Zucker-Industrie' und zum Teil aus Schätzungen von Willet u. Gray in New York entnommen sind:

Die deutsche Zucker-Industrie in der Weltzuckerproduktion.

Table with 6 columns: Betriebsjahr, Rüben-zucker in 1000 Tonnen, Rohr-zucker in 1000 Tonnen, Gesamt-zucker-erzeugung der Welt in 1000 Tonnen, Anteil des Deutschen Reiches an der Rüben-zucker-erzeugung der Welt (Prozent), Anteil des Deutschen Reiches an der gesamten Zucker-erzeugung der Welt (Prozent). Rows for years 1913/14 to 1921/22.

Aus der Zusammenstellung ist ersichtlich, daß die deutsche Zuckererzeugung 1913/14 11,9 Prozent der Weltmarktproduktion ausmachte, 1919/20 dagegen nur 4,8 Prozent. Inzwischen ist unser Anteil wieder auf 8,1 Prozent gestiegen. Die Rübenzuckerproduktion der Welt ist in den Jahren 1913/14 bis 1920/21 um über die Hälfte zurückgegangen, während die Rohzuckerproduktion bedeutend gestiegen ist. 1921/22 erreichte die Weltproduktion beim Rübenzucker wieder etwas mehr als die Hälfte der Vorkriegszeit; die Rohzuckerproduktion ist indes auch dieses Jahr noch erheblich höher als vor dem Kriege, wenn sie gegen das Jahr 1919/20 auch bedeutend zurückgegangen ist. Daran darf der Schluß gezogen werden, daß die Rübenzucker-Industrie einen früheren Platz nur schwer wieder erobern wird.

Trotzdem die Rübenzucker-Industrie während des Krieges und die letzten Jahre nach dem Kriege in ihrer Produktion um rund zwei Drittel zurückgegangen ist, gehörten die Rübenzucker-Fabriken auch während dieser Zeit zu denjenigen Unternehmungen, die immer noch einen annehmbaren Gewinn abgeworfen haben. Nach Hebung der Produktion steigerte sich der Gewinn ebenfalls. Im Jahre 1921/22 sind Dividenden von 20, 25, 40 bis 50 Prozent keine Seltenheit. Daneben werden große Summen als Bonus, Rüben-geldnachzahlungen und dergleichen ausgeschüttet. Grafikaaktien, Auf-füllung des Werk-Erneuerungsfonds und dergleichen spielen ebenfalls eine große Rolle.

Nicht so freigeig, wie die Zuckerfabriken ihren Aktionären gegenüber sind, sind sie bei den Arbeiterlöhnen. Konnten wir vor längerer Zeit feststellen, daß die Arbeiter der Zucker-Industrie gegenüber anderen Arbeitern nicht mehr so weit mit den Löhnen zurück waren wie in der Vorkriegszeit, so hat sich das Blatt jetzt wieder vollständig gedreht. Jeder Lohnrückgang wird der größte Widerstand entgegengesetzt.

Mit Beendigung dieses Wirtschaftsjahres soll der Zucker wieder in die freie Wirtschaft kommen, er wird somit auch der freien Preisbildung anvertraut sein. Wenn wir uns der Erfahrungen erinnern, die wir im Jahre 1921/22 mit der freien Zuckerwirtschaft gemacht haben, so wird man die Befürchtung nicht los, daß der Zucker im kommenden Jahre ebenfalls wieder zu einem Spekulationsobjekt wird. Von den Verbrauchervertretern war im Herbst 1921 der Vorstoß gemacht worden, die Regierung solle eine Reserve schaffen, damit der Bedarf während der Ueber-gangzeit aus alter Ernte gedeckt werde. Dem Vorstoß wurde jenerzeit nicht Rechnung getragen. Es dürfte jetzt an der Zeit sein, sich zu überlegen, was für die Uebergangzeit im kommenden Herbst zu tun ist.

Sollen derartige wilde Zustände nicht wieder eintreten, so wird durch eine gewisse Reserve Vorsorge zu treffen sein, daß der Bedarf für die Uebergangzeit gedeckt ist. Auf diese Weise kann auch einem allzu plötzlichen Nachoberschwellen des Preises ein Riegel vorge-schoben werden. Es gilt also Maßnahmen zu treffen, daß nicht gleich in der Uebergangzeit die Kalamität einer außergewöhnlich starken Preissteigerung wieder eintritt. Schnellen die Preise ganz plötzlich nach oben, dann kommen noch weitere Kreise als heute in die Lage, den Zucker nicht mehr abnehmen zu können. Die Arbeit-geber aber werden dann erneut auf Zufuhr dringen. So kann der Zustand eintreten, daß wir zwar genügend Zucker erzeugen, den aber die große Masse nicht kaufen kann.

Die wirtschaftliche Bedeutung einer Zuckerausfuhr für die deutsche Handelsbilanz soll durchaus nicht verkannt werden. Wir würden dadurch einen bedeutenden Aktivposten erhalten. Zucker ist aber ein wichtiges Rohmaterial, das fast reiflos aus inländischen Rohstoffen hergestellt ist. Hat es Zweck, Nahrungsmittel auszuführen, die wir im Lande erzeugen, um dafür andere Nahrungsmittel einzuführen, so normalen Zeiten möchte das richtig sein. In einer Zeit, in der unser Geld immer mehr entwertet wird, muß danach getrachtet werden, an Rohstoffen im Lande zu behalten, was wir selbst erzeugen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Industrie etwas weniger gewinnbringend arbeitet. Das allgemeine Volksinteresse muß heute mehr denn je über Sonderinteressen einzelner Gruppen gestellt werden.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Der 'deutschnationale' Pastor als Agitator für die christlichen Gewerkschaften.

Ein günstiger Wind wehte der Leipziger Volkszeitung folgendes Schreiben an den Tisch, das sie in der Ausgabe vom 13. Juni veröffentlichte:

Vertraulich! Leipzig, den 29. Mai 1922.
Hochverehrter Herr!
Für Dienstag, den 5. Juni, abends 8 Uhr, habe ich eine Gruppe, die seit Jahrzehnten an der Förderung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung mitwirkte, in das Konferenzzimmer meines Gemeindefaßes, Schreiberstraße 5, Gartengasse, die Sekretäre und Gruppenleiter der christlichen Gewerkschaften eingeladen. Es sind gegenwärtig acht, die in Leipzig arbeiten. Sie haben nämlich ihr Erscheinen zugesagt und werden über die Lage und Zukunft der christlich-nationalen Gewerkschaften und über die zeitigen Grundlagen der Bewegung Bericht erstatten.
Wie ich vertraulich höre, gehören Sie zu den in Leipzig lebenden und jetzt nicht zahlreichen Arbeitgebern, die Interesse für die christlich-nationalen Arbeiterbewegung haben. Die Sitzung soll rein informativen Charakter haben. Es ist durchaus nicht beabsichtigt, finanzielle Unterstützung zu erbitten. Die christlichen Gewerkschaften wollen unabhängig sein und bleiben. Aber sehr wünschenswert wäre es, wenn Arbeitgeber sich ermutigen ließen, von dem Arbeitsnachweis der christlichen Gewerkschaften, Mitwirkung, Gebrauch zu machen und in ihren Betrieben christliche Gewerkschaften in größerer Zahl anzuführen. Me dem Terror mit vereinten Kräften standhalten können.
Sollten Sie in Ihrem Kreise noch Freunde wissen, die von der Lage der Bewegung Kenntnis haben möchten, so bitte ich, die Herren mitzubringen. Sie werden sehr Interessantes und Wichtiges zu hören bekommen. Im übrigen darf ich wohl um vertrauliche Behandlung bitten.
In vorzüglicher Hochachtung
H. H. u. S.
Pfarrer Prof. O. Alfred Jeremias.
Dieses vertrauliche Schreiben enthält recht viel Interessantes. Dem Verfasser die Anerkennung des deutschnationalen Pfarrers!

Der Riemen dazu warnend jücht!!
Und dann? -- Ein marktschreierender Schrei!!
Ein jermalmendendes Jertzen -- dann ist alles vorbei
Und vom erträumten Himmelreich?
Ein gräßlich zerfetztes Häuflein Fleck.
Und der Riemen ohne Raß und Ruh:
'Raß immer zu! Raß immer zu!'
Die Weibchen.
Ein großer Saal und nicht an dem
Halbwüchsigen Kinder; mit bleichem Gesicht
Sitzt ein Mädchen über die Arbeit gebengt
Der Rücken schmerzt, der Atem keucht
Das Mädchenlein krank, in großer Not!
Fünf kleine Geschwister und wenig Brot
Die Finger kackten, die Finger weben.
Daher die Kleinen wollen leben!
Und während sie schnell das Schiffschen lenkt
Sie lisse an den Vater dankt....
Der Riemen! der hat ja genau gekannt
Ist werden die zwei zusammen genannt
Und der Riemen ohne Raß und Ruh:
'Raß immer zu! Raß immer zu!'
'Er seid Schlangen! Seid Schlangen!'
Erst sein Gesang;
Und ihr werdet es bleiben, euer Leben lang
Wenn ihr nicht frei erhebt das Haupt
Und an eure Menschenrechte glaubt!!
Ein froher Mensch und wohl dem Mann,
Der den Riemen recht verstanden kann.

Uebersichtstabelle über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Monat Mai 1923.

Gew.	Zahlstellen		Zahl der Mitglieder						Arbeitslose Mitglieder am letzten Arbeitstage der letzten Woche des Monats (unterstützte und nicht unterstützte) am Orte und auf der Reise			Gesamtzahl der von Kurzarbeit betroffenen			
	insgesamt	davon haben berichtet	am Schluß der letzten Woche des Monats			über die berichtet wurde			männl.	weibl.	insg.	Tage	Arbeiter		
			männl.	weibl.	insg.	männl.	weibl.	insg.					männl.	weibl.	insg.
1	43	30	44 408	19 116	65 594	42 640	18 217	60 862	654	858	1 007	48	2 585	704	3 459
2	63	48	47 718	18 681	59 594	41 608	11 685	63 298	1 064	1 225	2 289	69	4 194	1 901	5 495
3	41	28	39 116	15 961	56 077	33 682	14 287	46 919	1 075	723	1 797	101	4 092	2 565	6 567
4	79	40	26 718	7 221	33 939	20 632	5 971	26 608	815	240	1 055	36	689	849	1 058
5	9	7	11 108	2 719	13 825	10 530	2 619	18 149	247	117	364	3	55	135	190
6	18	13	44 187	14 697	58 884	35 157	11 610	46 767	1 083	628	1 611	267	3 084	1 405	4 469
7	35	30	61 827	36 062	97 889	60 315	35 468	95 783	2 148	2 212	4 360	105	3 983	2 709	6 692
8	45	30	32 810	12 326	45 136	23 697	7 438	31 133	2 801	314	2 615	69	5 198	1 223	6 418
9	28	18	17 680	7 785	25 465	15 222	6 854	22 080	1 416	856	2 271	62	3 513	1 998	5 511
10	33	16	15 844	7 604	23 448	11 392	6 219	17 511	313	269	612	54	2 954	1 121	2 078
11	35	22	25 191	9 592	32 783	17 878	8 462	26 340	1 063	1 204	2 267	92	5 046	3 601	8 647
12	18	10	24 606	8 876	31 481	20 877	6 111	26 788	663	219	882	93	3 626	4 746	14 372
13	15	11	38 337	15 120	53 457	25 460	10 880	36 340	1 282	1 005	2 287	130	2 777	3 969	5 749
14	15	5	21 710	8 461	30 171	7 875	1 293	8 668	1 932	417	2 349	77	4 437	1 007	5 444
15	36	27	46 141	19 906	66 047	43 686	19 578	63 269	1 803	682	2 484	98	8 220	1 489	4 709
16	14	10	16 797	5 845	22 142	13 632	4 169	18 801	1 028	595	1 698	47	3 878	1 640	2 518
Mai.....	526	353	513 471	201 671	715 142	421 468	170 814	592 502	18 991	10 958	29 949	1 326	67 201	29 252	86 558
April.....	528	327	512 530	201 526	713 676	411 509	167 465	578 774	26 482	16 292	42 777	2 109	100 122	47 470	147 592

bleibt. In Sowjet-Russland ist die durch gewaltsame soziale Experimente desorganisierte Volkswirtschaft selbst beim besten Willen außerstande, der Arbeiterklasse einen Lohn zu gewähren, der auch nur im entferntesten für eine menschenwürdige Lebenshaltung ausreicht. Ja, es scheint, als ob Not und Elend der Arbeiterklasse noch größer sind als in dem vom Fieber sozialer Unruhen geschüttelten Deutschland. Diesen Anschein erweckt ein Artikel in der Moskauer "Pravda", dem Zentralorgan der Russischen Kommunistischen Partei, vom 29. April, dessen Übersetzung das Organ des deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei bringt. Der Brief lautet wie folgt:

"Soße, Fenster und in Gedanken versunken, vollständig hoffnungslos und zerschlagen ging ich zum Smolinski-Markt, um den Leuten von der Konsumgenossenschaft auf Kredit empfangenen Kaffeebohnen zu verkaufen, weil ich eben keine Kopecke hatte.

Die 400 Millionen Rubel, die ich vor Ostern erhalten habe, mußten zum Einkauf von Lebensmittel und zur Bezahlung von Schulden ausgegeben werden. Nach Ostern aber hatte ich nichts, um das Leben zu bestreiten. Wann werde ich dazu kommen, mir Kleidung und Stiefel, meiner Frau Schuhzeug und meinem Sohne Milch kaufen zu können? Die Frau jammert: Bringe zwei Pfund Seife zum Wäschewaschen. Der Teufel soll es holen. Wo ist ein Ausgang, wie soll ich ihn finden?

Da klingelt es, der Hausverwalter tritt herein. Heute ist der letzte Tag zur Bezahlung der Wohnungsmiete. Morgen wird das Verzeichnis der unentbehrlichen Schulden zusammengestellt werden, um sie zu empfinden. Eine Stunde später kommt der Nachbar und zeigt die Rechnung für die elektrische Beleuchtung. Ich habe 72,50 Rubel (d. h. 72 500 000 Rubel) zu bezahlen. Drei Tage später, von der Arbeit kommend, treffe ich auf dem Hofe den Hausmeister, der mir sagt, daß für Wasser und Kanalisation 25 Rubel (d. h. 25 Millionen Rubel) für jeden Familienangehörigen zu zahlen sind. Es scheint, daß mein fünfmonatiger Haube auf irgendeine Weise für sich ebenfalls 360 Eimer Wasser gebraucht und 360 Eimer Kanalisation nötig gehabt hat. Unser Wassermesser arbeitet mit Vollampf, dank dem Defekt in unseren unterirdischen Wasserleitungen, wodurch Wasser ununterbrochen in die Erde läuft. Nach dem Wassermesser verbrauchten wir eine wohnungsmäßige Menge Wasser, welche dann auf die Bewohner gleichmäßig verteilt wird. Auf diese Weise muß man anstatt der laut dem Dekret lautenden Wohnungsmiete von 10 Kopecken (d. h. 100 000 Rubel) für jede Etage das 25-, 30- und sogar 50fache bezahlen. Auch auf die Fortbewegung der Müll (d. h. der Polster) wegen der Reparaturen und Hausreinigung hin muß unwillkürlich bezahlt werden, will man Gerichtswege und Ermittlungen vermeiden.

Nun frage ich: Wo und auf welche Weise soll der Arbeiter das Geld heranzubringen, wo soll er die Mittel schöpfen, um Monat für Monat all die zahllosen Rechnungen zu bezahlen und alle Kosten zu decken? Was aber Schuhzeug und Kleidung betrifft, ohne von kulturellen Bedürfnissen zu sprechen, so kann ein Familienvater daran gar nicht denken.

Schloffer der 7. Gruppe.
Die nächste Not tritt uns aus diesen Zeilen entgegen. Dabei klammern sie aus einer Zeit, in der sich schon die allgemeine Lebenshaltung der Arbeiterklasse in Russland nach den Berichten der kommunistischen Presse verbessert hat. Wie fräugig muß sie zur Zeit des großen Niederganges gewesen sein!

Betriebsräte in Norwegen.

Ein gegenwärtig in Norwegen in Kraft stehendes Gesetz bestimmt, daß Betriebsräte auf Verlangen von mindestens einem Viertel der Arbeiter in allen industriellen und gewissen anderen Betrieben zu errichten sind, die regelmäßig mindestens 50 Arbeiter im Jahresverlauf beschäftigen. Der Betriebsrat ist beauftragt, sich mit folgenden Gegenständen zu befassen: 1. Wichtige Änderungen in der Betriebsleitung, welche die Arbeitsverhältnisse berühren; 2. gewöhnliche Lohnverhandlungen, Entlohnung, Arbeitszeit, Überzeit, Arbeits-einteilung bei Betriebsänderungen, Feiertage und andere Arbeitsbedingungen; 3. Betriebsanordnungen, 4. Einführung und Verwaltung von Arbeitsverordnungen zugunsten der Arbeiter. Die Zahl der für Einsetzung von Betriebsräten in Frage kommenden Betriebe beträgt nach amtlicher Schätzung etwa 800, aber nur in 160 bis 170 davon ist von dem angeführten Recht Gebrauch gemacht worden.

Eine königliche Kommission beriet kürzlich über die Änderung des Gesetzes. Sie kam zu dem Schluß, daß einer der Gründe, weshalb das Gesetz nicht größeren Erfolg hatte, darin besteht, daß die Betriebsräte nur aus Arbeitern bestehen. Sie empfahlen ein Gesetzvorlage, welche auf dem Grundgedanke beruht, daß in den Betriebsräten Kapital und Arbeit gleichberechtigt vertreten sein sollen. A. F. Dahl, vom Obersten Gerichtshof in Christiania, berichtet in der Zeitschrift "Industrial and Labour Information", die das internationale Arbeitsamt veröffentlicht, daß nach dem erwähnten Gesetz einmütigen die Errichtung von Betriebsräten für Betriebe im Gewerbe, Handwerk, Verkehr und Transportwesen obligatorisch sein soll, vorausgesetzt, daß mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden. Dem Rat sollen Vertreter der Unternehmer sowie der Handarbeiter und Beamten angehören. Der Rat kann an der Betriebsleitung insoweit teilnehmen, als er beauftragt ist, gesetzgeberische und administrative Vorschriften und die Bestimmungen der Tarifverträge auszuführen und die Unterweisung sowie die Arbeitsverhältnisse von Lehrlingen und jungen Arbeitern zu regeln. Die Mehrheit der Kommission erachtet es als wünschenswert, daß sowohl Handarbeitern als Beamten Gelegenheit gegeben wird, einen gewissen Einfluß auf die allgemeine Gestaltung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Nation auszuüben. Sie empfehlen deshalb, auf nationaler Grundlage einen Rat für Industrie und Verkehr zu errichten, dem 12 Mitglieder angehören sollen, bestehend aus je 3 Vertretern der Unternehmer, Beamten, Handarbeiter und Konsumenten, wozu ein unabhängiger Vorsitzender kommt. Die Tätigkeit dieser Körperschaft soll darin bestehen, Vorschläge zu erlassen, welche auf die Verbesserung und die Förderung der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse abzielen sollen.

Kinderarbeit in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Im Jahre 1920 gab es in den Vereinigten Staaten unter insgesamt 12 502 382 erwerbstätigen Personen 1 061 838 Kinder von 10 bis einschließlich 15 Jahren, also 8,5 Prozent. Verglichen mit 1910 ging zwar die Zahl der erwerbstätigen Kinder um 46,7 Prozent zurück, doch ist der Rückgang größtenteils die Folge der Verlegung des Zählungstages vom 15. April auf den 1. Januar, an dem der Beschäftigungsgrad, namentlich in der Landwirtschaft, einen sehr niedrigen Stand hatte. Daher kommt es auch, daß die Abnahme der Kinderarbeit fast ganz auf die landwirtschaftlichen Gegenden trifft.

Die Ungleichmäßigkeit des Kinderschutzes der einzelnen Staaten der Union führte schon 1908 zu Versuchen, die Regelung der Kinderarbeit in den Bereich der Bundesgesetzgebung zu bringen. In den Jahren 1918 und 1919 wurden Bundesgesetze beschlossen, die diesen Zweck verfolgten, doch wurden sie vom Obersten Gerichtshof für verfassungswidrig erklärt. Aus diesem Grunde wird eine Änderung der Verfassung erörtert, um dem Bundesparlament das Recht zu geben, Kinderschutzgesetze zu erlassen.

Gegenwärtig gestaltet sich der durch die einzelnen Staatsparlamente erreichte Schutz der arbeitenden Kinder wie folgt: Das Zulassungsalter für industrielle Beschäftigung beträgt in allen Staaten, mit Ausnahme von dreien, 14 oder mehr Jahre, doch sind Ausnahmen gestattet. Die Arbeitszeit ist in 31 von 48 Staaten und im Bundesbezirk Kolumbien für mindestens je eine Industrie und gewisse Altersklassen auf 8 Stunden im Tag beschränkt. Die Nachtarbeit von Kindern im Alter bis zu 16 Jahren ist in 34 Staaten und im Bezirk Kolumbien verboten. Körperliche Untersuchung vor Eintritt einer Beschäftigung ist in 30 Staaten und im Bezirk Kolumbien vorgehrieben. Eine besondere Erlaubnis für den Betrieb des Straßenhandels durch Kinder ist in 14 Staaten und im Bezirk Kolumbien vorgeschrieben.

Verbandsnachrichten.

Vom Donnerstag, den 14. Juni, an gingen bei der Hauptkassa folgende Beträge ein:

- Gau 1. Osnabrück 3 500 000, — Visselhövede 130 000, — Soltau 300 000, — Sameln 700 000, — Lehrte 900 000, — Sameln 900 000, — Münden 200 000, — Vockernem 350 000, —
- Gau 2. Genthin 15 200, — Thale 1 000 000, — Roggß 5436, — Wustrow 400 000, — Alen 1 300 000, — Roswig 4 000 000, —
- Gau 3. Arnswalde 450 000, — Herzfelde 1 200 000, — Sehdentz 1 700 000, — Potsdam 300 000, — Rüggin 1 000 000, — Wredereiche 1 082 050, — Berlin 40 000 000, — Neumppin 300 000, —
- Gau 4. Wittenburg 150 000, — Friedland 300 000, — Demmin 300 000, — Gollnow 200 000, — Stadenhagen 350 000, — Bülow 600 000, — Wismar 2 000 000, — Stargard 500 000, — Jersich 500 000, — Waren 500 000, — Pritz 600 000, — Lauenburg 107 000, —
- Gau 5. Königsberg 1 500 000, —
- Gau 6. Liegnitz 70 000, — Sagan 519 800, — Eiegny 1 000 000, — und 1 000 000, — Oberkauffung 1 140 000, — Sirschberg 1 000 000, — Oberkauffung 2 000 000, — Wloga 2 000 000, —
- Gau 7. Greifisch 500 000, — Leipzig 1 500 000, — Zorno 1 000 000, — Radeburg 750 000, — Dresden 15 000 000, —
- Gau 8. Pößneck 800 000, — Jilmenau 700 000, — Blankenberg 1 200 000, — Schwarzga 500 000, — Salzgagen 1 300 000, — Zeitz 14 150, — Eisenach 545 000, — Oberheidenungen 233 773, — Rosleben 650 000, — Ohrdruf 1 000 000, — Neuselberg 1 800 000, — Rodhausen 2 000 000, — Mühlhausen 100 000, — Raumburg 1 000 000, —
- Gau 9. Saargau 550 000, — Regensburg 1 000 000, — Hof 610 000, — Waireuth 410 321, — Regensburg 1 000 000, —
- Gau 10. Weggendorf 2 500 000, — Trostberg 1 047 200, — Landsbut 250 000, — Ruhdorf 3141, — Kempfen 30 000, — und 10 000, — und 700 000, — Leuchtmühl 000 000, — Juppburg 5 000 000, — Reichertsborn 220 000, — Münden 6 000 000, — Weggendorf 2 000 000, — Waiersdorf 25 000, —
- Gau 11. Heilbronn 3 000 000, — Pörschheim 1 700 000, — Rheinleiden 2 150 000, — Eßlingen 1 000 000, — Elggart 300 000, — und 2 000 000, — Offenburg 55 000, — Deisinger 600 000, —
- Gau 12. Mannheim 8 100 000, — und 3 500 000, —
- Gau 14. Krefeld 3300, — Bendorf 2 000 000, — Bändernd 18 000, — Köln 20 000 000, — Enskirchen 1 000 000, —
- Gau 15. Quicksborn 7210, — Weidort 50 000, — Delmenhorst 5 000 000, — Quicksborn 500 000, — Kiel 35 000, — Wimper 100 000, — Flensburg 1 000 000, — Westerland 200 000, —
- Gau 16. Parnen 6 000 000, — Dalsburg 3 000 000, — Reubek 2 000 000, — Pörsch 3 000 000, —

Schluß: Mittwoch, den 26. Juni 1923.
A. Riemeyer

Die Bezirkszahnärztliche Zehne und Umg.

sucht zum sofortigen Antritt eine rednerisch und agitatorisch befähigte Kraft als

Agitationsleiter.

Bewerber müssen Mitglied unserer Organisation und mindestens 3 Jahre freigewerkschaftlich organisiert sein. Der Bewerbung ist beizufügen: eine Schilderung des Lebenslaufes und eine Schilderung der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung. Außerdem ist handschriftlich die Frage zu beantworten: Welche Aufgabe hat der Agitationsleiter in einer größeren Bezirkszahnärztlichen zu erledigen? Repliziert wird nur auf eine tüchtige Kraft.

Die Anstellung erfolgt nach den innerhalb unserer Organisation vom Verbandstag und Beirat festgesetzten Gehaltsklassen. Bewerbungschriften sind mit der Aufschrift "Bewerbung" bis zum 14. Juli d. J. an den Kollegen Friedrich Schulte & Zehne, Lauenburger Straße 122, zu richten. (1800 Zbl.)

Ausland.

Die wirtschaftliche Not der russischen Arbeiter.

Der Not und Elend der Arbeiterklasse in Russland, wozu wir öfters in den Eingangsartikeln der wirtschaftlichen Krise, breiten Schichten der Arbeiterklasse die Möglichkeit, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. In den besetzten Stunden stellt die Selbstversorgung der Arbeiterklasse auf geschmackvolle Weise die volle Frucht des Kapitalismus dar, so daß der Arbeiter sich an die hohen Preise